

## Gesellschaft ohne Glauben

Der Beitrag des Churer Generalvikars Martin Griching (NZZ 9. 5. 20) hatte einige Leserzuschriften zur Folge (NZZ 18. 5. 20). Diesen ist zu widersprechen. In der Tat erleben wir zurzeit, wie eine Gesellschaft mit abnehmenden sakralen Werten das Leben per se zum höchsten Gut erhebt und, dem Notstand gehorchend, zentrale Rechte aushebelt. Dass Tausende Menschen allein sterben müssen, wird länger anhaltende Wirkung haben. Dass wir alten Menschen in Heimen in ihren letzten Monaten des Lebens die sozialen Kontakte unterbinden, sagt viel über unser Wertesystem.

Es ist nicht einzusehen, dass das Freiheitsrecht der Jungen schneller wieder eingefordert wird als das der Alten und Kranken. Dass nach dem ersten Wochenende mit gelockerten Bestimmungen Partygänger mehr Verständnis für ihre Anliegen einfordern können als Pflegeheimbewohner, zeigt wenig Sensibilität und Achtung.

Dass der gleiche Staat – und das ist die Position Grichings – andere Todesarten dann aber akzeptiert, ist stossend. Verkehr, nachteilige Lebensführung, Übergewicht und Suchtmittelmissbrauch fordern weit mehr Todesopfer als die Epidemie. Aber man hält die Freiheit hoch und die Selbstbestimmung! Doch Exit und die Möglichkeit der freien Suizidwahl als höchstes Freiheitsrecht emporzustoßeln, ist bizarr.

Der Mensch sollte nicht alles tun, was er tun kann. Auch nach der Aufklärung bedeutet Ethik nicht die Enthemmung des Menschen und dessen absolute Einschränkung zugunsten aller partikulären Einzelinteressen, sondern die vernünftige Rückbindung an das Gegebene. Und hier hat der Generalvikar recht, wenn er auf die nötige Transzendenzdimension und Gott hinweist. Eine Gesellschaft ohne Glauben verliert vermutlich recht schnell nicht nur ihre Freiheiten, sondern auch ihre Menschlichkeit.

Michael Baumann, Pfarrer,  
Wiesendangen

## Gescheiterte Ruag?

Ziemlich genau nach zwanzig Jahren ist das Experiment Ruag gescheitert. Die Vorstellungen und Wünsche, die man zum Zeitpunkt der Gründung hegte, dass eine kommerziell erfolgreiche Ruag mit ihren Gewinnen die Wartungskosten für

das Verteidigungsdepartement (VBS) würde senken können, haben sich nicht erfüllt. Im Gegenteil, einige der sogenannten kommerziellen Aktivitäten sind zu einer grossen Last für den Eigner und das VBS geworden. Quersubventionen hat es zwar offensichtlich gegeben, aber eben nicht in der Richtung, die man sich beim Bund erhofft hatte. Diesbezüglich fehlt allerdings bis heute die nötige finanzielle Transparenz, die das Management dem Eigner partout nicht gewähren wollte. Bundesrätin Viola Amherd wird mit der Trennung des VBS-Geschäfts vom Rest der Ruag mit Sicherheit Kosten sparen. Für den kommerziellen Teil namens Ruag International sieht man offensichtlich beim Bund nur noch die Möglichkeit, diesen als Ganzes oder in Teilen zu verkaufen. Ein organisches Wachstum scheint man auszuschliessen. Die letzten zwanzig Jahre haben gezeigt, dass das Wachstum der Ruag fast ausschliesslich auf dem Zukauf von weiteren Firmen beruhte (NZZ 7. 5. 20). Im Bewusstsein dieser Tatsache will man nun versuchen, die zu verkaufende Braut mit finanziellen Mitteln (welche nicht aus dem VBS stammen) noch etwas aufzuhübschen. Dazu wurde die Cyberfirma Clearswift verkauft und soll auch das Munitionsgeschäft unter Ammotec veräussert werden. Dass diese Schritte tatsächlich die Attraktivität der Ruag International genügend steigern werden, bezweifle ich sehr stark. Technologiefirmen, die man erfolgreich auf dem Markt oder an der Börse verkaufen kann, verfügen in der Regel über eigene, finanziell erfolgreiche Produkte, Technologien oder Dienstleistungen, etwas, was auf die im Entstehen begriffene Ruag International nur in sehr beschränktem Masse zutrifft.

Thomas K. Schilliger, Arbon,  
ehemaliger Ruag-Manager

## Busse für Hapoalim

Bemerkenswert ist vor allem eines («Happige Bussen für Hapoalim und ihre Schweizer Tochter», NZZ 2. 5. 20) – nämlich, dass eine amerikanisch geprägte Anwaltskanzlei von einer schweizerischen Anwaltskanzlei ein Mandat übernimmt und es dann nach Vereinnahmung von Honoraren in Millionenhöhe als Erfolg dargestellt wird, wenn die Klientin der Kanzlei a) ihre Banklizenz abgibt, b) sich einer Straftat schuldig bekennt, c) eine Busse in dreistelliger Millionenhöhe bezahlt und d) liquidiert werden wird. Man fragt sich, wie für Baker McKenzie ein Misserfolg aussieht.

Roger Fischer, Hünenberg

## Systemrelevant – aber schlecht bezahlt

Professor Binswanger beschreibt in seinem Gastbeitrag sehr gut, wie aus den ehemaligen Krankenschwestern eine Gesundheitshierarchie mit mehreren Qualifikationsstufen entstanden ist, was sich übrigens auch auf die Gesundheitskosten auswirkte (NZZ 8. 5. 20). Die früheren Pflegefachschulen pflegten vor allem «Training on the Job», wobei Wert darauf gelegt wurde, dass die zukünftigen Krankenschwestern bereit waren,

aktiv mitzuarbeiten, mit Vernunft Verantwortung zu tragen, und neben dem körperlichen Einsatz auch fähig waren, schwierige Situationen zu meistern, die psychische Stärke erforderten (z. B. Unfallpfer oder Todesfälle). Dies war systemrelevant, und dazu braucht es keinen Bachelor oder Master.

Fritz Rothacher, Thalwil

## Wirtschaft und Gesundheit

Mit dem Lockdown und den anderen Zwangsmassnahmen kann man während einer Pandemie kurzfristig viele Todesfälle verhindern. Doch eine Wirtschaftskrise, verursacht durch die vielen (überevorsichtigen?) Massnahmen, ist für die Gesundheit ebenso gefährlich wie das Virus (NZZ 9. 5. 20). Sinkt der Wohlstand, steigen die Todesraten. Denn ein tiefes sozioökonomisches Niveau ist mit einer schlechteren Gesundheit verbunden: In der Schweiz stirbt ein Hilfsarbeiter im Mittel rund zehn Jahre früher als ein Universitätsprofessor. Im Pandemieplan Schweiz werden denn auch Gesundheit und Wirtschaft als gleich schützenswert betrachtet: Die Massnahmen zur Bekämpfung einer Pandemie sollen einerseits Leben und Gesundheit schützen, andererseits aber auch wirtschaftliche Folgeschäden verhindern.

Walter Rüegg, Edingen

## Maturaprüfung

Was beweist die Hochschulreife? Es sind nicht die Maturaprüfungen in den letzten Wochen der Abschlussklasse. Natürlich ist das eine wertvolle Erfahrung, aber nicht die wichtigste Kompetenz, die man fürs Studium braucht. Zu meiner Zeit gab es keine Maturarbeit, die mich hätte lehren können, wie man selbstständig ein Thema wissenschaftlich über mehrere Monate bearbeitet und anschliessend vor Publikum präsentiert und verteidigt. Die Matura dieses Jahrgangs nur wegen der fehlenden Prüfungen abzuwerten, tut den Jugendlichen unrecht. Dass sie auf Prüfungen büffeln können, werden sie im Bologna-System schon im ersten Semester unter Beweis stellen können. Ich wünsche mir, dass sie trotz Pandemie eine würdige Abschlussfeier erhalten, immerhin haben sie sechs Jahre viel geleistet, und die Pandemie stellt sie vor Herausforderungen, wie es keine Abschlussprüfung vermag.

Slavica Sovilj, Nänikon

## Mitteilungen des Verlags

### Annahmeschluss für Pfingsten

Anzeigen	Ausgabe	Annahmeschluss
Sonntag, 31. Mai *	Donnerstag, 28. Mai	14 Uhr
Dienstag, 2. Juni	Donnerstag, 28. Mai	14 Uhr

\* NZZ am Sonntag

### Todesanzeigen

Anzeigen	Ausgabe	Annahmeschluss
Dienstag, 2. Juni	Freitag, 29. Mai	15 Uhr

Per Fax 044 258 13 70 oder per E-Mail: [insertate@nzz.ch](mailto:insertate@nzz.ch)  
An folgenden Tagen erscheint keine NZZ:  
Montag, 1. Juni (Pfingstmontag)

## TRIBÜNE

# Für einen Krisenrat

### Gastkommentar

von BRUNO S. FREY

Die Corona-Krise hat in kürzester Zeit zu einem enormen Machtzuwachs des Staates geführt. Grundlegende Verfassungsbestimmungen – wie Versammlungsrecht, Eigentumsrecht, Religions- und Gewerbefreiheit – wurden aufgehoben. Die Bevölkerung hat sich selbst entmündigt und sich in keiner Weise dagegen gewehrt – im Gegenteil: Die Notmassnahmen haben grosse Zustimmung erfahren. Warum? Die wichtigste Erklärung ist die sich rasch ausbreitende Angst. Die Bevölkerung verfiel in eine Schockstarre. Die staatlichen Eingriffe mittels Notverordnungen wurden von der Regierung und der Administration als notwendig und alternativlos dargestellt. Die Bevölkerung ist in einer sonst gutgehenden Demokratie nicht gewohnt, entschieden gegen staatliche Massnahmen aufzutreten. Menschen in einem autoritären Regime haben darin mehr Übung. Ähnliches gilt für das Parlament: Die Vertreter des Volkes haben ihre verfassungsmässige Rolle der Kontrolle der Regierung zu wenig wahrgenommen, sie erschienen ebenfalls wie gelähmt. Und die sonst so wichtigen Interessengruppen haben sich nicht etwa gegen das Abwürgen von wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Tätigkeiten und deren riesigen Kosten gewandt, sondern haben sich rasch auf «rent seeking» verlegt, einem Anspruchsstreben gegenüber dem Staat. Es ist einfacher, von der Regierung Geld zu verlangen, als eine alternative Politik vorzuschlagen.

So sind sowohl die Gewerkschaften als auch die Arbeitgeber zu Erfüllungsgehilfen des Bundesrates geworden. Die gewaltigen Kosten werden auf die zukünftigen Generationen verschoben. Diese können sich nicht politisch äussern. Sie haben (noch) kein Stimmrecht, und ihre Interessen werden deshalb leicht vernachlässigt. Die Lasten für die zukünftigen Generationen sind jedoch enorm. Es ist abzusehen, dass die Jungen in ein paar Jahren wegen der hohen Steuerbelastung und der schlechten Erwerbschancen rebellieren werden und den Generationenvertrag kündigen.

Die klassischen Medien wie Radio, Fernsehen und Zeitungen sind mit der Regierung eine beinahe symbiotische Beziehung eingegangen. Vor allem das staatlich alimentierte Fernsehen hat sich wochenlang folgsam beteiligt. Überraschend ist dabei der rela-

Es braucht ein Gegengewicht zur Regierung, wenn diese Notrecht anwendet. Es müssen Alternativen diskutiert werden, und die Exekutive muss kontrolliert werden können.

tive Bedeutungsverlust der neuen sozialen Netzwerke. Fernsehen und Qualitätszeitungen sind wieder wichtiger geworden. Auch das Silicon Valley hat an Prestige eingebüsst. Es sieht sich gerne als «Master of the Universe», hat aber zur Bewältigung der Krise wenig oder gar nichts beigetragen. Auch in der Wissenschaft hat sich viel verändert. In der Krise sind bisher unbekannte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen prominent geworden, die den Regierenden genehm waren. Zudem wurde Wissenschaft im Wesentlichen mit Virologie und Epidemiologie gleichgesetzt – als ob nicht auch andere Disziplinen wichtig wären.

Was können wir aus der Krise lernen? Es sollte auf der Ebene der Verfassung ein neues, unabhängiges und vom Volk direkt gewähltes Organ – es kann als Krisenrat bezeichnet werden – geschaffen werden. Dieses kleine Gremium wird sofort tätig, wenn die Exekutive Notrecht anwendet. Der Krisenrat muss erstens mögliche Alternativen zu den Notverordnungen ausarbeiten und bewerten. Dies ermöglicht eine Diskussion und Mitsprache in der Öffentlichkeit. Zweitens muss der Krisenrat untersuchen, welche Notverordnungen verfassungsgemäss sind und welche aufgehoben oder wesentlich gelockert werden müssen. Die Regierung ist gemäss dieser neuen Verfassungsbestimmung verpflichtet, diese Anordnungen unverzüglich zu befolgen.

Die bestehende Pandemie kann uns helfen, besser mit grossen Krisen umzugehen, die es sicherlich auch in Zukunft geben wird.

Bruno S. Frey ist Ständiger Gastprofessor an der Universität Basel und Forschungsdirektor beim Center for Research in Economics, Management and the Arts (Crema), Zürich.

Derzeit erreicht uns ein Vielfaches der üblichen Anzahl Leserbriefe. Wir bitten um Geduld und Verständnis dafür, dass wir im Augenblick nicht alle Leserbriefe bearbeiten können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein. Vielen Dank.

Redaktion Leserbriefe  
NZZ-Postfach, 8021 Zürich  
E-Mail: [leserbriefe@nzz.ch](mailto:leserbriefe@nzz.ch)

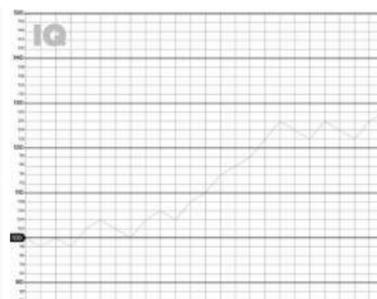
## SPIEL & SPASS

### Das beliebte Quiz-Spiel von «NZZ Geschichte»

SwissIQ Geschichte  
Mit 400 Multiple-Choice-Fragen, 4 Bleistifte,  
1 Ergebnisblock, 1 Spielerklärung  
Fr. 35.– / Fr. 29.–\*

\* Sonderpreis für Abonnenten

Jetzt bestellen: [shop.nzz.ch](https://shop.nzz.ch) ☎ 044 258 13 83



# NZZ SHOP